



Fragen und Antworten: Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens

Straßburg, 5. Oktober 2021

Warum brauchen wir eine Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens?

Die Werte, auf die sich die Europäische Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Die EU setzt sich unmissverständlich gegen alle Formen von Hass und Diskriminierung aus Gründen der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, des Geschlechts, der sexuellen Ausrichtung, des Alters oder einer Behinderung ein. Antisemitismus ist mit den Grundwerten Europas unvereinbar. Er stellt nicht nur eine Gefahr für jüdische Gemeinschaften und das jüdische Leben dar, sondern auch für eine offene und vielfältige Gesellschaft, für die Demokratie und die europäische Lebensweise. Die Europäische Union ist entschlossen, ihm ein für allemal ein Ende zu setzen.

In den letzten 20 Jahren wurde Antisemitismus im Rahmen der Bemühungen der Europäischen Union zur Bekämpfung von Rassismus immer wieder thematisiert. Das Fortbestehen und die Häufung antisemitischer Vorfälle erfordern jedoch eine entschlosseneren Reaktion auf EU-Ebene.

In den letzten zehn Jahren ist es in der EU zu gewaltsamen und tödlichen Anschlägen gekommen, beispielsweise auf die Schule „Ozar Hatorah“ in Toulouse 2012, das jüdische Museum in Brüssel 2014, den HyperCasher in Paris 2015 und auf die Synagoge in Halle 2019. Darüber hinaus hat die COVID-19-Pandemie gezeigt, dass alte antisemitische Vorurteile wieder aufleben und zu neuen Verschwörungsmymen und Hass – online und offline – führen können. Die jüdische Gemeinschaft zählte während der Pandemie zu den am häufigsten angegriffenen Gruppen.

Diese Strategie ist die erste ihrer Art, und die Kommission ist entschlossen, den Antisemitismus noch stärker zu bekämpfen. Damit will sie zur Schaffung einer inklusiven Gesellschaft beitragen, die auf Gleichheit und Respekt beruht, um eine gute Perspektive für Jüdinnen und Juden in Europa zu gewährleisten.

Mit dieser Strategie verpflichtet sich die Kommission dazu, jüdisches Leben in Europa und weltweit auch künftig zu fördern. Sie stellt einen grundlegenden Wandel im politischen Engagement der Kommission dar und steht für eine Europäische Union, die frei von Antisemitismus und jeglicher Form von Diskriminierung ist, und Sie steht für das Engagement Europas, die Erinnerung an den Holocaust auch nach dem Tod der letzten Holocaust-Überlebenden lebendig zu halten.

Wie definiert man den Begriff „Antisemitismus“?

Seit 2017 nutzt die Kommission die nicht rechtsverbindliche Arbeitsdefinition des Antisemitismus der [Internationalen Allianz für Holocaust -Gedenken \(IHRA\)](#) als praktische Orientierungshilfe und als Grundlage für ihre Arbeit zu seiner Bekämpfung. Die IHRA-Definition ist der Maßstab für die Förderung eines rechtebasierten Ansatzes, der auf die Opfer ausgerichtet ist.

Im Januar 2021 veröffentlichte die Kommission in Zusammenarbeit mit der IHRA das [„Handbuch für die praktische Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus“](#), das einen Überblick über bewährte Verfahren aus ganz Europa gibt, wie die Definition durch internationale Organisationen, nationale Verwaltungen, die Zivilgesellschaft und jüdische Gemeinschaften verwendet wird.

Wie manifestiert sich Antisemitismus heute?

Antisemitismus manifestiert sich als ethnische oder religiöse Diskriminierung, Stereotypisierung und Hass gegenüber Juden und kann zu gewalttätigen und tödlichen Angriffen führen.

Zeitgenössischer Antisemitismus findet sich in radikalen Gruppen und Randgruppen, die Rechtsextremismus, Linksextremismus und islamistischen Extremismus vertreten. Er kann sich hinter Antizionismus verbergen, findet sich aber auch mitten in der Gesellschaft. Zeitgenössischer Antisemitismus tritt in vielerlei Formen auf, sowohl altbekannten als auch neuen: er reicht von Hetze

im Internet bis hin zu Hasskriminalität und Angriffen auf Jüdinnen und Juden, deren Eigentum und Institutionen oder zur Schändung von Friedhöfen und Gedenkstätten. Er betrifft Jüdinnen und Juden täglich in Form beiläufiger Bemerkungen oder Handlungen am Arbeitsplatz, in privaten Gesprächen, in der Öffentlichkeit, in den Medien, im Sport und in der Kultur oder bei der Ausübung ihrer Religion. Zu den Erscheinungsformen von Antisemitismus gehört auch israelbezogener Antisemitismus, die gängigste Form des Antisemitismus, mit dem Jüdinnen und Juden heute in Europa im Internet konfrontiert sind.

Zeitgenössischer Antisemitismus in Zahlen:

- Für jeden zweiten Europäer/jede zweite Europäerin stellt Antisemitismus ein Problem dar ([Eurobarometer](#)).
- Neun von zehn in Europa lebenden Jüdinnen und Juden (89 %) sind der Ansicht, dass der Antisemitismus in ihrem Land zugenommen hat ([Europäische Agentur für Grundrechte](#)).
- 79 % der Jüdinnen und Juden verzichteten darauf, den schwerwiegendsten antisemitischen Vorfall, mit dem sie konfrontiert waren, einer Organisation zu melden ([Europäische Agentur für Grundrechte](#)).
- Jüdinnen und Juden werden im Internet am häufigsten angefeindet. Je nach der untersuchten Plattform liegt der Prozentsatz zwischen 6,3 % bis 27 % der Fälle ([Studie der Kommission](#)).
- Ein Vergleich der ersten beiden Monate des Jahres 2020 (vor der Pandemie) und 2021 (während der Pandemie) zeigt, dass antisemitische Postings auf französischen Accounts um das Siebenfache gestiegen sind und antisemitische Kommentare in den untersuchten deutschen Kanälen um mehr als dreizehnmal zugenommen haben ([Studie der Kommission](#)).

Was sind die wichtigsten Maßnahmen, die die Europäischen Kommission ergreifen will?

Die Kommission wird unter anderem

- gegen Antisemitismus im Internet vorgehen durch Förderung der Einrichtung eines europaweiten Netzwerks vertrauenswürdiger Hinweisgeber und jüdischer Organisationen, die illegale Hetze im Internet bekämpfen, und Organisationen bei der Erarbeitung von Gegennarrativen unterstützen.
- mit der Privatwirtschaft und IT-Unternehmen zusammenarbeiten, um zu verhindern, dass im Internet Nazi-Symbole, -Sammlerstücke und -Literatur illegal angeboten und verkauft werden.
- zwecks Erleichterung des Austauschs zwischen Experten einen Hackathon organisieren, um neue innovative Wege zur Bekämpfung von Antisemitismus online und im digitalen Umfeld zu entwickeln.
- EU-Mittel für Projekte zur besseren Sicherung des öffentlichen Raums und von Gebetsstätten bereitstellen.
- Städte auffordern, sich im Kontext einer Bewerbung um den Titel „Kulturhauptstadt Europas“ mit der Geschichte ihrer Minderheiten, einschließlich der Geschichte der jüdischen Gemeinschaft, zu befassen.
- die Entwicklung eines Netzes junger europäischer Botschafter zur Förderung des Holocaust-Gedenkens in Schulen, Universitäten und Berufsbildungseinrichtungen unterstützen.
- durch die Entwicklung bewährter Verfahren, die Förderung der Verwendung der Definition der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA) und die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern bei der Sensibilisierung die Leugnung, Verfälschung und Verharmlosung des Holocaust bekämpfen.
- die Schaffung einer europäischen Forschungsstelle, die sich mit heutigem Antisemitismus befasst, fördern.
- in Zusammenarbeit mit den lokalen Gemeinschaften die Schaffung eines Netzes von Stätten fördern, an denen sich der Holocaust ereignet hat.
- alle verfügbaren Instrumente einsetzen, um Partnerländer dazu zu bewegen, vehement gegen Antisemitismus vorzugehen,
- neue EU-finanzierte Projekte in und jenseits der Nachbarschaft der EU erwägen, um Antisemitismus zu verhindern und zu bekämpfen und jüdisches Leben zu fördern.
- die Sicherung des jüdischen Kulturerbes und das Gedenken an den Holocaust weltweit unterstützen.

Welches sind die wichtigsten Maßnahmen, die die Mitgliedstaaten ergreifen sollten?

Die Mitgliedstaaten werden aufgerufen,

- bis Ende 2022 nationale Strategien zur Bekämpfung des Antisemitismus zu entwickeln oder Maßnahmen in ihre nationalen Aktionspläne gegen Rassismus aufzunehmen sowie ausreichende Mittel für deren Umsetzung bereitzustellen.
- die IHRA-Definition zu verwenden und lokale Behörden, Regionen, Städte und andere Institutionen und Organisationen zu ermutigen, dasselbe zu tun.
- Sonderbeauftragte/Koordinatoren für die Bekämpfung von Antisemitismus und die Förderung des jüdischen Lebens zu ernennen.
- die Umsetzung und Durchführung des Rahmenbeschlusses zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit rasch abzuschließen und antisemitische Hetze und Hassverbrechen gemäß den Rechtsvorschriften der EU und der Mitgliedstaaten strafrechtlich zu verfolgen.
- die Kapazitäten der nationalen Strafverfolgungs- und Justizbehörden zur Verfolgung von Hassreden im Internet zu stärken.
- zivilgesellschaftliche Organisationen – auch finanziell – bei der Bekämpfung antisemitischer Hassreden, Desinformation und Verschwörungsmymen im Internet in den betreffenden Sprachen zu unterstützen.
- die erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit jüdischer Stätten anzunehmen und ausreichende finanzielle oder sonstige Unterstützung bereitzustellen, u. a. im Rahmen der nationalen Jahresprogramme des Fonds für die innere Sicherheit – Polizei der EU.
- die Öffentlichkeit für jüdisches Leben und jüdische Traditionen zu sensibilisieren, unter anderem durch öffentliche Kennzeichnung von Tagen, die für jüdische Menschen relevant sind, sowie durch die Finanzierung von Projekten und die Durchführung von Kampagnen.
- das Wissen über jüdisches Leben, Antisemitismus und den Holocaust durch Bildung und Forschung sowie den Austausch mit lokalen Gemeinschaften zu fördern, wo dies möglich ist.
- in enger Zusammenarbeit mit der jüdischen Gemeinschaft, auch unter Einbeziehung der nationalen Parlamente, des Holocaust öffentlich zu gedenken.
- die Bekämpfung von Antisemitismus in alle ihre Menschenrechtsstrategien aufzunehmen und dabei die IHRA-Definition von Antisemitismus zu berücksichtigen.
- im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Rates zum strategischen Konzept der EU für das Kulturerbe in Konflikten und Krisen gemeinsam mit der EU im Rahmen der Vereinten Nationen zum weltweiten Schutz des Kulturerbes, einschließlich des jüdischen Erbes, beizutragen.

Wie sieht der Zeitplan für die Strategie aus und wie werden die Fortschritte überwacht?

Die Umsetzung der Strategie erstreckt sich über den Zeitraum 2021-2030.

Die nationalen Strategien sollten bis Ende 2022 festgelegt werden und werden dann von der Europäischen Kommission bis Ende 2023 überarbeitet. Die Kommission wird 2024 und 2029 umfassende Umsetzungsberichte veröffentlichen. Diese werden sich auf Beiträge der Mitgliedstaaten stützen, auch im Hinblick auf die Umsetzung ihrer nationalen Strategien und Maßnahmen. Mit Unterstützung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte werden diese Berichte auch die Überwachung der Fortschritte auf nationaler Ebene umfassen und die in den Erklärungen des Rates zum Antisemitismus von 2018 und 2020 eingegangenen Verpflichtungen berücksichtigen.

Weitere wichtige Zahlen und Statistiken

Schutz und Sicherheit jüdischer Gemeinschaften ([Grundrechteagentur](#)):

- 38 % der Juden ziehen eine Auswanderung in Erwägung, da sie sich als Juden in der EU nicht sicher fühlen.
- 40 % der Juden befürchten, körperlich angegriffen zu werden, und verbergen daher Symbole, die sie als Juden identifizieren könnten.
- 44 % der jungen jüdischen Europäer sind von antisemitischen Belästigungen betroffen.
- Ein Drittel der jüdischen Menschen entscheidet zumindest gelegentlich, jüdische Veranstaltungen oder Stätten nicht zu besuchen, weil sie sich dort oder auf dem Weg dorthin nicht sicher fühlen.

Kenntnisse über den Holocaust, jüdisches Leben und Antisemitismus:

- Nach eigener Aussage kennen nur 3 % der Europäer die jüdische Geschichte und die jüdischen Sitten und Gebräuche sehr gut, 68 % geben an, sie seien nicht informiert ([Eurobarometer](#)).
- Fast jeder fünfte Europäer (18 %) ist der Ansicht, dass Antisemitismus im jeweiligen Land eine Reaktion auf das tägliche Verhalten jüdischer Menschen war ([Eurobarometer](#)).

- Vier von zehn Umfrageteilnehmern schätzten den Anteil der jüdischen Bevölkerung in ihren eigenen Ländern auf 3 % bis 10 % ([Eurobarometer](#)).
- 53 % der Europäer sehen die Leugnung des Holocaust als Problem in ihrem Land an ([Eurobarometer](#)).
- 62 % der jüdischen Menschen haben wahrgenommen, wie nichtjüdische Menschen andeuteten, der Holocaust sei ein Mythos oder sei zumindest gelegentlich übertrieben dargestellt worden ([Grundrechteagentur](#)).
- Ein Europäer/eine Europäerin von 20 hat noch nie vom Holocaust gehört, und nur 43 % der Europäer/innen glauben, dass er in Schulen ausreichend unterrichtet wird ([exklusive CNN-Umfrage](#)).
- 74 % der Bevölkerung im Nahen Osten/Nordafrika haben eine antisemitische Einstellung. In Westeuropa liegt sie bei 24 %, in Osteuropa bei 34 %, in Nord- und Südamerika bei 19 %, in Asien bei 22 % und in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara bei 23 % ([Studie der Anti-Defamation League](#))

QANDA/21/4991

Kontakt für die Medien:

[Christian WIGAND](#) (+32 2 296 22 53)

[Katarzyna KOLANKO](#) (+ 32 2 296 34 44)

[Jördis FERROLI](#) (+32 2 299 27 29)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) – telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)